

# : Demokratiebildung fördern

Demokratiebildung, sei sie schulisch oder außerschulisch, trägt wesentlich dazu bei, dass Menschen demokratische Prozesse verstehen, sich in ihnen verorten und sich als politische Subjekte begreifen. Das ist besonders seit dem Erstarken des Rechtspopulismus und -extremismus Thema.

Demokratiefördernde Bildungsarbeit darf dabei nicht missverstanden werden: Es geht nicht nur um die Aufklärung über extrem rechte Positionen und Gruppen, sondern auch um die Thematisierung von rechten und menschenverachtenden Einstellungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Nicht erst seit 2016 und der sogenannten „Flüchtlingskrise“ zeigt sich, dass demokratiefeindliche Tendenzen weit über die extreme Rechte hinausreichen und Elemente menschenfeindlicher Ideologien im gesamten politischen Spektrum der Gesellschaft verbreitet sind, wie z.B. die Abwertung von Frauen, die Feindseligkeit gegenüber Sinti und Roma oder Ressentiments gegenüber Muslim\_innen. Es lässt sich eine Verschiebung des Sagbaren, aber auch des Machbaren beobachten, die sich in einem deutlichen Anstieg rechter Gewalt zeigt, in Übergriffen auf Geflüchtete, auf Homosexuelle und politische Gegner\_innen.

Um nicht nur kurzfristig zu reagieren, braucht es langfristige Konzepte der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit. Bildung als Prävention gegen Demokratiefeindlichkeit bedeutet, dass junge Menschen schon früh positive Erfahrungen mit demokratischen Prozessen machen und in heterogenen Gruppen miteinander umgehen lernen. Jugendverbände sind wichtige Orte, um diese Erfahrungen zu machen, und zentrale Akteure in der politischen Bildungsarbeit. Demokratiebildung ist zentraler Bestandteil der Prävention gegen Rechtsextremismus. Diese wird de facto inzwischen auch durch Sicherheitsbehörden geleistet, etwa wenn das Landesamt für Verfassungsschutz z. B. „Lehrerfortbildungen“ anbietet. Es sollte aus unserer Sicht aber nicht damit beauftragt werden, in der Bildung tätig zu sein. Aus pädagogischer Sicht sollte (politische) Bildung in der Verantwortung von Jugendverbänden, Schulen, Kindergärten, Bildungsstätten und der Landeszentralen sowie der Bundeszentrale für politische Bildung liegen. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure müssen in ihrer Aufgabe, politische Bildungsarbeit zu leisten, unterstützt werden: Sie brauchen eine sichere finanzielle Förderung, gute Strukturen und die Anerkennung ihrer zentralen Bedeutung für die Demokratie.

## : Forderungen

**Aus Sicht des Hessischen Jugendrings gilt es, die Rolle der Zivilgesellschaft in der Demokratiebildung zu stärken und die Präventionsarbeit in Hessen zu bündeln.**

### Eine starke Zivilgesellschaft fördern

In demokratischen Gesellschaften ist es notwendig, dass die Zivilgesellschaft in ihrer Aufgabe gestärkt wird, Demokratie selbst zu gestalten und sie gegen menschenfeindliche Ideologien zu verteidigen. Das bedeutet, gerade in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus und Rassismus auf das Engagement der Bürger\_innen und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen selbst zu setzen. Viele zivilgesellschaftliche Akteure in der politischen Bildungsarbeit haben die langjährige Expertise, die es für die Demokratiebildung braucht. Sie müssen in dieser Arbeit finanziell und strukturell unterstützt und anerkannt sein. Es darf dabei keine Aufgabenverlagerung hin zu Sicherheitsbehörden und Inlandsgeheimdiensten geben. Die Zivilgesellschaft ist der zentrale Ort für demokratische Aushandlungs- und Bildungsprozesse.

### Ein Demokratieförderungsgesetz für Hessen

Die höheren Mittel, die in der Präventionsarbeit inzwischen zur Verfügung stehen, werden vor allem als Projektmittel ausgegeben. Aus Sicht des hjr ist der Fokus auf kurzfristiger Mittelvergabe problematisch, speziell in der präventiven politischen Bildungsarbeit. Gerade hier sollte auf Nachhaltigkeit gesetzt werden: Die Relevanz von Bildungsarbeit für die demokratische Gesellschaft vergrößert oder verringert sich nicht mit dem Ende von Legislaturperioden. Deshalb muss eine gesetzliche Grundlage zur Finanzierung für politische Bildungsarbeit geschaffen werden. Wir fordern, ein Demokratieförderungsgesetz auf Landesebene auf den Weg zu bringen, das zivilgesellschaftlich, nicht sicherheitspolitisch orientiert ist.

### Ein Präventionszentrum zur Bündelung und Koordinierung präventiver Bildungsarbeit

Es gibt in Hessen in der präventiven Bildungsarbeit derzeit ein Nebeneinander verschiedener Strukturen und Zuständigkeiten. Durch die Bündelung vieler Träger im Demokratiezentrum der Universität Marburg ist eine wichtige Struktur der Zusammenarbeit geschaffen worden. Trotzdem gibt es immer noch einige Parallelstrukturen und unterschiedliche Zuständigkeiten der Ministerien. Um hier transparente Strukturen zu schaffen und die verschiedenen Träger und Projekte mit ihren Kompetenzen zu koordinieren und zu bündeln, braucht es eine zentrale Stelle, die diese Aufgabe bewerkstelligen kann. Ein Präventionszentrum wäre ein geeigneter Ort dafür. Zentrale Voraussetzung für ein solches Zentrum ist, dass die Unabhängigkeit der einzelnen Träger nicht infrage gestellt wird.